

Saale-Feitung.

Bezugspreis
Für Halle Vierteljährlich 2,50 M., bei
jährlicher Bestellung 2,75 M., durch
die Post 3 M., postamtlich 3 M.,
einmal jährlich 1 M., ohne Belegge.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5992 des annt. Zeit.-Verz.
Für die Redaction verantwortlich:
Dr. Ernst Schulze in Halle.
Herausgeber: Eduard Bloch, in Halle.
Verlagsbuchhandlung von Barthel, Velhagen, Klages & Co. in Halle.
Verlag: Nr. 176.

Anzeigen
werden die Spaltbreite nach dem Raum
mit 20 Pf., für die oberste Zeile mit
15 Pf., berechnet und in der Expedition,
von unten Annumerationen angenommen.
Verlangen die Zeit zu 9 Pf.
Erhalten monatlich postfrei;
Sonntags und Feiertags einmal,
sonst zweimal täglich.
(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 122.

Halle a. d. Saale, Montag den 14. März

1898.

Deutsches Reich.

Der Ruf zur „Sammlung“

Die jetzt in Scene gelebte Politik der „Sammlung“ erscheint vielfach als eine falsche Nachahmung der Kartellpolitik von 1871. Die „Nat.-Ztg.“ erinnert deshalb daran, daß damals das Kartell wohl einen großen Sieg errungen habe, im Jahre 1890 dagegen trotz der Führung des Fürsten Bismarck eine schwere Niederlage erlitt. Die Bedingungen des Antikartellgesetzes werden aber 1890 ganz anders als 1871. Noch weniger ist es zutreffend, die jetzige Sammlung in Vergleich zu stellen mit der Bildung der Reichspolitischen Vereinigung, die sich im jüngstvergangenen Reichstag 1887 aus Mitgliedern verschiedener Parteien vollzog, um eine Mehrzahl für den neuen Volkskörper zu sichern.

„Wo aber wäre“, fragt das Blatt, „heute eine Analogie zu diesen Verhältnissen? Die deutsche Industrie hat in der Welt eine Stellung erlangt, der nur die der englischen überlegen ist; sie fürchtet die Konkurrenz keine fremde Konkurrenz; es sind durchaus einseitige agrarische Verbreitungen, welche gegenwärtig eine handelspolitische Veränderung fordern. Und wie für die industriellen Unternehmer kein sachlicher Grund vorhanden ist, sich mit den Vertretern dieser Forderung zu „jammern“, so ist dies für die böhmischen Bauern auch gänzlich anders geartet, als 1871 und 1879 den damaligen eine Neuerung gerichteten Verbreitungen. Je weniger jetzt eine solche allgem. für notwendig gehalten wird, einen um so verflümmelnden Eindruck macht vielfach ein Vorgehen, das ganz so aussieht, als ob in der deutschen Politik nur noch industrielle und landwirtschaftliche Interessen mitzureden hätten, als ob, wenn diese sich verbanden, das Geschick des deutschen Volkes entscheiden wäre. So liegt die Sache doch nicht; die Volksklassen, denen die Gründer des Reichs mit den Arbeitshilfen und den Droschen die Hölle der letzteren zwängen, weil sie wider Getreide, noch Subsidate hielten, sind keineswegs bereit, sich bei den Wahlen als Droschen zu verkaufen.“

Unter dem Sammlungsaufruf findet sich neben den Namen der einzelnen Personen auch eine Anzahl Namen von Antikartellgesellschaften. Das berartige Geselligkeiten als solche eine politische Meinung haben und Rathschläge für Wahlen geben, ist ein Vorzug, um den die „Sammlung“ unter öffentlichen Leben bereichert hat. Aber es wird nicht überflüssig sein, zu untersuchen, wer die Namen der Antikartellgesellschaften unterzeichnet und wer die Ermächtigung zu dieser Unterzeichnung ertheilt hat. In dieser Beziehung führt die „Nat.-Ztg.“ ganz richtig an:

„Die Direktoren sind von den Aktionären beauftragt, wirtschaftliche Geschäfte zu machen; zu diesem Zwecke wird ihnen die Verfügung über die Firma zugebilligt. Den Namen der Gesellschaft zu politischen Kundgebungen zu benutzen, ist nicht als ein Weg zu ersehen, durch den die Aktionäre ernstlich zu unterstützen gedenken. Welche politische Meinung der Director in seinem eigenen Namen vertritt, kümmert die Aktionäre nicht; mit welchem Recht aber unterzeichnet er den Namen der Gesellschaft? Wenn stellt in dieser Falle überhaupt die Gesellschaft dar? Die Aktionäre? Wenn Weisung steht vielleicht auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Über die Arbeiter? Die Arbeiter in dem meisten Falle sind Sozialisten, welche ihre Forderungen nicht nur durch die Direktoren, sondern auch durch die Arbeiter selber, die vielleicht mitemmer, weil sie sich schämen oder scheuen, ihren eigenen Namen unter dem Schriftlich zu setzen, dafür den Namen der Gesellschaft hindrücken.“

Eisenbahnreformen.

Ueber die geplanten Eisenbahnarbeiten hat Minister Tschiran durch Erlaß vom 8. d. folgendes angeordnet:

„Mit Vorankündigung nach wird der eingetretene außerordentliche Verkehrsandrang durch die Aufhebung der Eisenbahnreformen zu befriedigen und nach weitere Dämme und Umfahrungen der Eisenbahnwerke anzuordnen, um die Erfüllung der öffentlichen Interessen zu sichern. Die Eisenbahnwerke sind zu befriedigen und Umfahrungen der Eisenbahnwerke anzuordnen, um die Erfüllung der öffentlichen Interessen zu sichern. Die Eisenbahnwerke sind zu befriedigen und Umfahrungen der Eisenbahnwerke anzuordnen, um die Erfüllung der öffentlichen Interessen zu sichern.“

Die schlesiatische Frage.

Wohl ein Vierteljahr ist nunmehr verstrichen, seit Prinz Heinrich am 16. Dezember den Klerikalen Hofen verließ, um die Reise nach Ostpreußen anzutreten. Die Reise hat bekanntlich

mancherlei Verzögerungen erfahren und es scheint, daß immer neue Hindernisse sich aufthürmen, um die Ankunft des prinziplichen Administrators nach Ostpreußen und Berlin noch mehr hinauszuziehen. Wir verzeichnen bereits eine Meldung, wonach die „Deutschland.“ das Königliche Hofschloß in Weimar, an dem Prinze Reich befand, mehrere Wochen im Besing liegen bleiben muß, weil, wie es heißt, das Schiff einer Reparatur unterworfen wird. Jetzt berichtet das londoner Bureau „Dalsiel.“ bei dessen Meldungen, wonach die Wahrheitsnials ganz festzustellen ist - von neuen Schwierigkeiten. Es heißt danach, daß der Kaiser von China, der niemals Pruzer stehend empfangen, dies auch beim Empfang des Prinzen Heinrich zu thun verweigerte und es überdies ablehnte, den Prinzen und dessen Suite in einem seiner Palais als Gäste aufzunehmen. (1.) Man wird getru, auch diese Meldung mit der größten Vorsicht aufzunehmen, daß aber die unläufigen Gerichte und Vermuthungen über die verzögerte Reise unfers Gesandten dadurch neue Nahrung erhalten, erscheint nur zu natürlich. Es muß dem entgegen aber immer wieder betont werden, daß die Chinesen mit allen möglichen Ausflüchten immer bei der Hand gewesen sind und daß das Drehen und Winden im Verkehr mit den Vertretern anderer Mächte bei ihnen zu den landesherrlichen Gepflogenheiten gehört.

In London verläuft der englische Besandte in Bezug hiezu befragt. „Wells-gai-wei“, daß die Japaner bekanntlich nicht halten, welche dem Selbsthand geöffnet werden. Anknüpfend an die Meldung, daß England in Bezug nachdrücklich Einspruch gegen die Abtretung von Fort Bortur eingelegt habe, erinnert der „Standard“ daran, daß zwei Tage nach der Uebergabe des englischen Einspruchs der Ilas des Joren erliegen, der die Ausgabe von 90 Millionen Nibel für den Bau neuer Kriegsschiffe verfähre. Lese man die Anforderung an die Mandarinen im Lichte der schnellen Entscheidung, die an der Neuausgabe, so werde man fragen, daß die Zeit sich näherte, wo die Meinungsvorgedenheiten durch die Benutzung an die Waffen begehren werden müßten.

Nach einer Mitteilung aus Seoul (Korea) ist der Führer der russisch-freundlichen Partei jenes Vorkisses als geheimer Rath entbunden worden. Eine öffentliche Veranlassung zur Erörterung der Lage wurde von der Polizei aufgefrischt. In diplomatischen Kreisen Englands verlautet, Japan wolle, falls es nicht eine baldige entscheidende Verhandlung mit Rußland hinsichtlich der Lage der Dinge in China und Korea einzeln fände, eine Koalition mit der bei der Frage interessierten Mächte anstreben. Sollte diese Plan scheitern, so würde die Lage sehr kritisch werden, weil Japan nicht, seine Interessen, formenzielte wie politische, seien von Rußland zu erst bedroht, um vernachlässigt zu werden. „Daily News“ bekräftigen, daß England selbst die Konferenz zur Lösung der chinesischen Frage vorschlägt, und zwar auf der Grundlage, daß der bestehende Zustand geduldet wird.

Parlamentarisches.

„Wenn auch der Tag, an welchem die Reichstagswahlen stattfinden sollen, noch nicht feststeht, so muß doch mit der Hofpolitik gerechnet werden, daß die maßgebenden Stellen dahin einig sind, die Wahlen mit oder unmittelbar nach Ablauf des Mandats des gegenwärtigen Reichstags vorzunehmen zu lassen. Aus äußeren Rücksichten wird als Termin Tag der dritten Juniwoche angesetzt werden, damit auch die Stichwahlen vollzogen sein können, ehe anfangs Juli die Schulfreien beginnen. Unter diesen Umständen sind die Wahlvorbereitungen nun schleunigst zum Abschluß zu bringen, so daß nach Ostern der Wahlkampf auf der ganzen Linie aufgenommen werden kann. Die Centralleitung der national-liberalen Partei hat demgemäß Vorkehrungen getroffen, daß alsbald nach Ostern der Allgemeine Delegirtenkongress veranfaßt werden kann, welcher das Wahlprogramm der Partei zu beschließen hat. Der Centralvorstand der Partei ist auf nächsten Sonntag einberufen, um die endgiltigen Beschlüsse darüber zu fassen. Der zur Vorbereitung des Delegirtenkongresses bereits im September v. z. niedergelegte Anschlag wird als Termin den Sonntag nach Ostern und als Ort für die Abhaltung des Delegirtenkongresses Berlin in Vorschlag bringen.“

„Die „Germania“ bezeichnet die Hättenmeldung, Kardinal Kopp sei in einer liberalen wichtigen Mission nach Rom gegangen und der Vatikan werde nach Ankunft Kopp's Verhandlungen mit der deutschen Regierung über dringende Wünsche des Rathes aufnehmen, deren Ergebnis anscheinend für die Protestanten vorteilhaft sein werde, als eine Gerüchtung. Die Hättenmeldung, wonach Kardinal Kopp nach Rom gehe, wird die Hättenmeldung nichts zu thun, sondern betreffe allgemeine kirchliche Angelegenheiten. Kardinal Kopp habe sich auch mit keinem Mitgliede der Centralisation über die Vorlage in irgendeiner Verbindung gesetzt. Die „Pol. Post.“ erklärt, Kardinal Kopp habe eine vertrauliche Mission an den Vatikan in der Angelegenheit der katholischen Missionen in China, bezug. in der Frage des Protektorats über die katholischen Missionen überhaupt.“

„Anfangs februar geht die „Kreuzzeit.“ gegen den bayerischen Partikularismus aus. Sie sagt:

„Summieren bezweifeln wir nicht, daß ohne die Minderheitsabrede nach dem ausbrechenden bairischen Partikularismus, der man sich nicht zu entscheiden vermag, eine billige Verständigung über die Dekretationsfrage schließlich zu Stande kommen würde. Allein dieser Partikularismus feimt in seinem Trost kein Wunder, er verlangt alles, will keineswegs gar nichts geben und hat dabei die Schlich, über die Minderheiten abzugeben, wie der Herr Dr. Dem in dies. B. bei den Verhandlungen über die Gebührenerhöhungen beim Wasserbau am 11. d. M. that. Wir sind recht gut zu brauchen für die Reichspolitik, wenn wir mitgeben sollen, - sagte er u. a.“

Rein, das ist es ja gerade, daß ihr nicht mitgeben wollt und der Reichspolitik auch jene alle ebenfalschen Hindernisse bereitet. In Unkenntnis sind diese Hindernisse von der Zeit, daß wir die Lage für äußerst kritisch erklären müßten. Durch unzeitige Nachgiebigkeit gegen maßlose Anforderungen würde sie aber keineswegs gebietet werden können. Principals obis - muß es hier heißen; mag dann das aus dem Willen, es zu wollen. So wäre es wohl nicht möglich, daß wir uns dem Dr. Helm terrorisierten lassen.“

Diese scharfe Sprache erweist, weil die Konfessionen die ihnen umfichende Militärapparat-Provisorium zu Fall bringen möchten. Deswegen zeigen sie die Bauen, damit sie nur um so fester an ihren Reichthum festhalten und eine Verhinderung unmöglich wird. Um Grunde genommen, kommt der Konfessionen also der bairische Partikularismus gerade recht.

„Herr v. Kottenburg führt Herrn Gump, dessen Demunition im Abgeordnetenhaus mir neulich auch gebührend festgesetzt haben, ebensovornehmlich wie entschiedene Aus seiner in der „Nat.-Ztg.“ veröffentlichten Erklärung ist namentlich folgender Passus von Interesse: „Die Angabe, daß meine Republikanische Liebe unter den Mitgliedern und Vorgesetzten eines Reichstages und große Unzufriedenheit erregt habe, ist unrichtig. Ich habe niemals ein solches Verhältniß unter uns befallen. Der kompetenteste Richter, der Herr Minister für Land- und Forstwirtschaft, welche mir, nachdem ich gesprochen, die Hand und dankte mir.“ Herr v. Hammerstein glaubt also hiernach unzulässig auch an die „Spektration des Abgeordneten“ bei den Vorkissen. Wie wenig sich damit jene heuliche Zerkhörungserklärung im Abgeordnetenhaus aufnehmen.“

„Von Herrn Vorsteher A. D. Köpfigke in Sangerhausen erhalten wir folgende Zuschrift:

Zu den Ausführungen über meine Disziplinuntersuchung im Abgeordnetenhaus habe ich gegenüber den Darlegungen des Herrn Vorsteher, welche die Besondere darin enthalten, daß die Verhältnisse in Sangerhausen ganz unvollständig waren, die Gerichte wiedergeben, an denen nur ganz wenig richtig ist. Daß ich nicht bereit erklärt hätte, die Forderung der freiwilligen Gewerbe zu übernehmen, ist durchaus falsch. Ich habe von der Gründung eines Arbeitervereins, wozu große Leistung vorhanden war, abgesehen. Daß ich ein Geschäftsmitglied war, kann in der Sangerhäuser Experte nur ein Geschlicher gelegt haben, dessen Name jedem Sangerhäuser bekannt ist. Mein Superintendent hat jedoch persönlich auch nicht als Vorsteher der Kreisynode Sangerhausen das Recht ausgesprochen, daß ich persönlich mitbewerben und beschließen darf. Das Tausen mit Dienstmitgliedern kann ich höchstens darauf beziehen, daß ich bei festgestellten des Gung. Arbeitervereins die Vollmacht angehängt und unter Umständen den daran anschließenden Tanz ganz weniger mit Dienstmädchen als mit Frauen des Evangeliischen Arbeitervereins geübt habe.“

„Der Vbz. J. 3 (Cent) brachte im Abgeordnetenhaus zu dem Gegenstande der Reichstagswahlen im Jahre 1901 eine Bemerkung zu dem Antrag des Abgeordneten, die Wahlberechtigung nach Maßgabe ihrer Steuerzahlungen in die direkten Staats-, Gemeindef-, Kreis-, Bezirks-, Provinzialparlamenten in drei Abstufungen einzutheilen und zwar dergest, daß von der Gesamtsteuerzahlungen aller Wähler fünf Zwölftel auf die erste Abtheilung, vier auf die zweite und drei Zwölftel auf die dritte Abtheilung fallen; die dritte Abtheilung sei durch die Wahlberechtigung in Städten mit über 10,000 Einwohnern sämtliche Wähler mit einem Steuerbetrag von über 52 M., in Städten bis zu 10,000 Einwohnern sämtliche Wähler mit einem Steuerbetrag von über 207 M. Der zweiten Abtheilung sind zuzutheilen: in Städten von über 10,000 Einwohnern sämtliche Wähler mit einem Steuerbetrag von über 52 M., in Städten bis zu 10,000 Einwohnern sämtliche Wähler mit einem Steuerbetrag von über 96 M.“

„Ueber die Abänderung des Vereins- und Verfassungsgesetzes im Königreich Sachsen gab am Freitag Minister v. Wegsch bei der zweiten Lesung der betr. Vorlage in der Kommission die bedeutende Erklärung ab, die Regierung lege Werth darauf, daß die Vorlage ohne die konzernverordneten Kompensationen zur Verwirklichung gelangen. Der Reichstag solle im Voraus über die Kompensationen in die politischen Verhandlungen gebieten, die praktische Durchführbarkeit der geplanten Bestimmungen aber sei für die jetztigen Verhandlungen, wie so oft, von Tausenden bedacht würden, sei es unzulässig festzusetzen, wer zur Teilnahme berechtigt sei. Bestände man die Forderung, so würde es große Schwierigkeiten und Abmungen geben. Die rechtsdemokratische Majorität werde ebenfalls nur zum Zweck in öffentlichen Verhandlungen getrieben und sozialdemokratische Redner hätten bereits erklärt, sie würden, wenn Wählerabträge von den Verhandlungen ausgeschlossen würden, die Majoritäten in die Sozialfälle und auf die Reichstagsversammlung. Schließlich mußte man doch den übernehmenden Parteien die Beweise geben, eine Veranlassung wegen Unzuverlässigkeit von Frauen und Wählerabträgen aufzulösen. Dann aber sei keine Veranlassung vor der Handlung sicher. - Die konfessionelle Partei wird sich nunmehr über ihre weitere Stellungnahme schlüssig machen und man vermuthet, sie werde sich den Standpunkt der Regierung und der Minderheit nähern, so daß das Verbindungsverbot doch noch fällt.“

„Wir erwähnten bereits, daß die bairische Kammer dem Ministerium mit 29 gegen 25 Stimmen das von Bader beantragte Mißtrauensvotum ausgesprochen hat. Für den Antrag stimmte die gesamte Opposition, dagegen lediglich die National-liberalen und die Konfessionellen. Die „Kreuzzeit.“ schreibt uns: der Vobherzog habe dem Staatsministerium auf Anfrage die Antwort ertheilt, daß die Gesamtregierung die sich im Vollzuge des landesherrlichen Vertrauens befindet, die Staatsgeschäfte weiterzuführen, da irgend ein Anlaß zu einer Aenderung in der Zusammenhänge der obelien Staatsbehörde nicht gegeben sei. Im Hinblick an die Entschliessung schreibt die „Sächs. Kreuzzeit.“ die Haupt- und entscheidende Stellung der Reichsentscheidungen nicht erkennen, doch es sich hierbei nicht etwa nur um einen von dem Reichstag geäußerten Wunsch handle, es möchte trotz der bekannten Kammerbeschlüsse die Gesamtregierung die Geschäfte weiter führen; es erhebt sich die Form der Vertrauensabänderung des Landesherren, das

wurden zahlreiche Schriftsätze ausgebracht, die Abg. Dr. Kopp
mit einem Hof auf den Kaiser eröffnete, worauf Prof. Gumbold
die Besitze hielt. — Gestern wurden am Grabe der
Wittgefallen von verschiedenen Abordnungen zahlreiche
Kränze niedergelegt und dabei Reden in mehreren Sprachen
gehalten. Am Nachmittag fand der von Studenten und Sozial-
demokraten veranstaltete Massenbesuch des Grabes statt; die
Zahl der Theilnehmer wird auf 50-60,000 geschätzt. Die
Eröffnung wurde nicht gestört. Auch am 17. und 18. d. d.
wurde gemeldet, daß ähnliche Versammlungen ohne Zwischenfall
verlaufen sind.

Der Ministerpräsident Graf F. von Soltikow am Sonnabend
mit einer Reihe parlamentarischer Besprechungen. Die Be-
sprechungen, über deren bisherige Ergebnisse Stillstehungen be-
richtet wurden, wurden fortgesetzt.

Das Communiqué über die am Sonnabend in Prag ab-
gehaltene Beratung des Reichstages des verfassungs-
treuen Programmbeirats in Böhmen enthält
folgende Punkte:

Das Komitee nimmt zur befriedigenden Kenntnis, daß der
Gentrix Barereyler, der in das Kabinett alsbald unter
Rückberufung erfolgt, daß die strenge Verfassungsmäßigkeit
unter Zustimmung des Reichstages zu berücksichtigen ist
und daß die Verfassung nicht, und daß der verfassungstreue
Programmbeirats im Reichstoge sich eine vollständige Selbst-
ständigkeit vorbehalte. Das Komitee erwartet, daß die Abge-
ordneten, wie bisher, für die Verfassung sowie für das Wohl
und die Sicherheit des Reichthums wirken und die Verfassung
die deutsche und böhmen in des Reiches innerer Einigkeit
darüber, Infolgedessen ist es unter Selbstverständlichkeit
hinzu, daß die in der vorigen Session angebotene Verbin-
dung mit den gesinnungsverwandten parlamentarischen
Gruppen anrecht erhalten bleibt, und wie stellen in Ueberein-
stimmung mit der Kammer die Verfassung des verfassungs-
treuen Programmbeirats unwirksam ist.

Bezüglich der neuen Sprachverordnungen steht der verfassungs-
treue Programmbeirats unbeeinträchtigt am Standpunkte, daß
eine gesetzliche Regelung gefordert ist und erwartet von den Abge-
ordneten ein entscheidendes Urtheil über ein solches Gesetz.
Der neue Sprachverordnungen sollte schon einzutreten und ohne
zu verhehlen, daß wir berechtigte Bedenken gegen dieselben
haben, welche zum Ausdruck gebracht werden müssen. Wären
bei der Abfassung des Gesetzes nicht nur die Klagen der
Sprachverordnungen, sondern auch die Rechte und Interessen
anderer Nationen, der deutschen Sprache die für
den inneren Zusammenhalt des Reiches, seiner Verwaltung
und seiner militärischen Interessen unabhingige Stellung ge-
nügt werden.

Weiter ist es, es erscheint als Pflicht des verfassungs-
treuen Programmbeirats in einer Zeit, wo so viel auf dem
Spiele liege, die hohen zur Verfügung zu stellen und nicht
unverändert zu laßen, damit die Verfassung nicht bloß
theoretisch aufrecht bleibe, sondern auch lebendig funktionire
und Verhältnisse im Reich einträte, die dem unabhin-
gigen Zustand verfassungstreuer Reichseinigkeit entgegen
stehen, damit der Staat in Zukunft nicht durch einen Kampf um
den Kampfes willen in Gefahr gebracht werde.

Schließlich wird gesagt: Mit voller Einseitigkeit und Eins-
müthigkeit bringt das Komitee den Abgeordneten gegenüber
zum Ausdruck, daß sie in der verbleibenden Zeit einig über
ihren großen Verfassungstreuen und ihrer Verantwortung als
aufstehen müssen, mit der Verwirklichung der in der Reichs-
versammlung, ein einheitliches und einträgliches politisches Zu-
sammenwirken zu erzielen.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat am Sonn-
abend die Vorlage betr. die Festsetzung des 11. April als
nationaler Feiertag mit allen gegen 4 Stimmen so ohne
angefangen.

Frankreich.

Da Oberstaatsanwalt Picquart das Schiedsgericht ebenso
wie vorher der Präsident mit der Bay abgelehnt hat, so
nahm dieser seine Zuständigkeit zu erlangen. Auf die An-
forderung seiner Regierung, daß sie ihre Mission als beendig
anzusehen, antwortete Esterhazy, wie schon früher gemeldet, daß
die Regierung Picquart's die Folge von Furcht und Eitelkeit sei,
da er ihn nur noch der Weisheit werth halte. Der Brief
lautete folgendermaßen:

Meine lieben Kameraden! Ich bitte um Entschuldigung,
auch mit einer Mission betraut zu haben, welche durch einen
Rencontre, auf welches ich zu rechnen berechtigt war, nun
gefehrt hat, daß ich euch die Hände absetzt und die Zeit ver-
gebens vergeudet, um einem Manne nachzugehen, der bloß zu
lieben vermag. Herr Picquart hat entschieden in allem
sicheren Gewissen, seiner Regierung, auch nur die geringste
Aufklärung zu geben, liegt ein einziger Mann, eine einzige
Furcht. Seine Behauptung, sich zu schlagen, hat als einzige
Ursache die Eitelkeit. Es gebührt ihm von nun an mehr
die Weisheit. Das wird meine Sache sein. Ich dachte
es über ihre ehrenhaften Verstand und bitte euch einhellig,
sich unter seiner Bedingung nicht mit diesem Menschen ein-
zulassen, falls er sich je an euch haken wollte, er gebührt mir
Esterhazy.

Wenn Esterhazy Wort hält, so kann man sich für die
nächsten Tage auf ein blutiges Rencontre gefaßt machen.
Unverküßelt hat aber Esterhazy auf den Rath seines Ver-
wehlers Mr. Zengens verständig darauf verzichtet, Matvien
Dreyfus vor dem Justizpolizeigericht zu verfolgen. Nur wenn
Matvien Dreyfus, heißt es in einer von einigen Wägern ver-
öffentlichten Note, neue Verdächtigungen erheben sollte, würde
Major Esterhazy den Bruder des verbannten Ex-Kapitäns
gerichtlich belangen. Da der Handel vor das Justizpolizei-
gericht gebracht werden soll, konnte keine Verlegung mehr
entstehen. „So lange Major Esterhazy nicht angegriffen wird,
schützt die Note, „bleibt die Sache ruhig.“ — Herr Picquart
erklärte einem Beobachter des „Temps“ gegenüber in Bezug
auf den Brief Esterhazy's:

„Ich bin über die Behauptungen und Drohungen Esterhazy's
erhaben. Man darf nicht vergessen, daß Esterhazy wenig
liebt, als die ganze Wahrheit bekannt zu machen. Dieser Tag ist
näher, als man glaubt; ich verbringe es Jüden.
Madame Cerverine veröffentlicht einen Ausbruch erregenden
Artikel in der „Aurore“, in dem sie wiederholt, Demeritz
Picquart sei ermordet worden und zwar von Esterhazy, was
jedoch dem Interdiktionsgericht verweigert wird mittheilen, weil
sie bei französischen Blättern keine Bekanntheit erlangte. Sie
sammlte jetzt Material und werde alsbald veröffentlicht.
Die radikalen Blätter kündigen einen neuen parlamen-
tarischen Skandal an, der von einem Freunde des
Präsidenten der Republik ausgeht soll. Dieser Freund des
Präsidenten von General-Maire, der dem Herr Reichs-
fürstlich ist. Sohn eines La Roche-Gonay, ein Sohn eines
Fürstlich Chimay und Schwager des jüdischen Bankiers Graf
Reußler, so wird erzählt, hätte Lust, wieder Abgeordneter zu
werden, und da in einem-Casino geringe Aussicht für seine
Wahl vorhanden ist, so soll er einen Abgeordneten von Dieppe,
Breton, das ein Millionär gemacht haben, ihm 50,000 Francs,
andere jedoch 100,000 Francs, hant auszugeben, um dieser

seinen Wahlen in einen Kandidaten erklärt, er ziehe sich
zurück und empfehle ihnen den Grafen Grafen als Nach-
folger. In einer Sitzung hat der „Temps“ frast Graf
Reußler vor diese Dichtung liegen. Er vertritt auf das
Bismarck, daß niemand von ihm ernächtigt worden sei,
in einer Weise zu verfahren, die er nicht energisch genug tadeln
kann. — Trotzdem ist die Geschichte wahr: Clemenceau
besteht in der „Aurore“, daß Bourne und Comolay ihrem
Freunde Grafen Reußler, nach dem Abgeordneten Breton,
50,000 Francs für seinen Wahlbesitz anzubieten. Die „Aurore“
erklärt einen regelrechten Betrug des Bourne.

Die Königin von England ist Sonntag nachmittag bei
auter Gesundheit in Nizza eingetroffen. Im Bahnhof hatten
die Prinz-Generalfürst von Rumänien mit Gemahlin, sowie
die Söhne der Prinz-Generalfürst von Rumänien, sowie die
inzwischen eine Unterabtheilung erwies die militärischen
Größen. Von einer großen Menschenmenge, ehrsüchtigkeits
gegenüber, fuhr die Königin alsbald nach dem Hotel Clivio weiter.

Italien.

Die Deputiertenkammer hat am Sonnabend nach einer
lebenslangen Debatte, die mehrere Tage dauerte, ohne besondere
Abstimmung sämtliche Artikel des Gesetzesentwurfs über
Arbeiterunfälle in der von Senat in Uebereinstimmung
mit den Wünschen der Regierung gebilligt Zustimmung.
Die geheime Abstimmung über die Gehaltentwürfe wurde wegen
Wichtigkeitsfrage vertagt.

Der italienische Reichstag hat am Sonntag nachmittag
den „Popolo Romano“ zu folgendem Ergebnis: Zustimmung
wurde angesetzt, daß, falls Crispi Grafen Verhandlungen ge-
gangen haben sollte, dies aus politischen Gründen ge-
schehen ist und also vor dem Senat gebore. Mit Zustimmung er-
kannte der Reichstag lobend an, daß aus dem Willen eine Stra-
f- und Sanktions Crispi's überhaupt nicht hervorzu.

Die deutschen Studenten zu Ehren veranstalteten in
Napoli Sonnabend abend die dortigen Studenten ein Fest-
mahl; nach demselben traten zuerst an Bord des „Cina“ die
Wohlfahrt an. Der letztere Aufenthalt in Neapel wurde
dem Reichstag empfangen. Am nachmittag haben die Studenten
in Begleitung einer Abordnung der römischen Universität nach
Rom weiter, wo sie am nachmittage eintrafen. Hier waren
am Bahnhof gegen tausend Studierende der dortigen Univer-
sität mit deutschen und italienischen Fahnen, ferner die
Vereinigten Arbeiter zu ihrem Empfang erschienen und die
Mitglieder des deutschen Konsulats und Angehörige der deutschen
Mission sowie eine große Menschenmenge hatten sich einge-
finden. Die Gäste wurden ein begleitet, überaus warmer
Empfang bereitet; die Hochrufe begleiteten sie auf der ganzen
Fahrt bis zum Hotel. Am Abend fand auch ihnen zu Ehren
in der Domkirche eine Feiern statt.

Der Reichstag hat am Sonntag nachmittag im
Reichstag die Unterparlament wegen Vermögensvertheilung
in Italien, was den Ausdruck eines heftigen Stra-
ketteln nahm. Aus Bergamo mußte Militär zur Herstellung
der Ordnung herbeigeholt werden.

Brasilien.

Der „Vol. Corr.“ zufolge ordnete der Zar eine Inspektion
der gelamanten Marine an, zu der sechs Admirale ernannt
wurden. Die Inspektion wird mit den Vorgesetzten in Brasilien
in Zusammenhang gebracht.
In Konstantinopel, während die Inspektion erstarben,
haben der Staatssekretär für Schiffbau Lord Halifax von
Vereinigten an Lord Gladstone Stelle tritt. Lord Halifax
der indischen Schifffahrt Reich werden wird, ist schwer zu
sagen, denn es sind so viele drohende Anzeichen allgemeiner
Unsicherheit vorhanden, daß es leicht zu blühenden Erhebungen
bei der Regierung kommen könnten, die den Reichstag von
Grenzübergreitung kommen kann. Doch sind jetzt auch noch
der himantischen Grenze Anzeichen ausgebrochen. Der
Vertrag der Allianz hat heute angefangen und fünf Grenz-
schleusen ermordet. Eine kleine Abtheilung britischer Truppen,
die gegen den Stamm ausbrach, wurde, mußte sich unter
Schutz mehrerer britischer Regimenter, die sich auf dem
Stand mit der Bestimmung der himantischen Grenze in
Verbindung zu stehen. Die Grenzlinie geht durch das Land
der Allianz. Es sind nun Streitigkeiten entstanden zwischen den
Angehörigen und den britischen Delegierten über die genaue Bahn,
welche die Grenze haben soll. Am letzten Sonntag gab bereits
die Abtheilung der Grenzlinie einen Bericht, der die An-
wesenden sich zurückziehen müßten, weil zwei Schiffe gegen sie
auftreten. Daraufhin sind 200 Mann Truppen von Shomo an
die Grenze abgedandt worden. Im Süden, noch im Gebiete der
Allianz, wurden auch dreißig Ghienien ermordet.

Ägypten.

Die „Ägyptische Bazaar“ erfährt, ist die Expedition
Cavalieri zum Nubien und dem Nil nach Verrugung des
britischen Konsularagents ausgesandt worden.
Eine Nachricht aus dem Hinterlande von Lagos meldet,
Boriaro, ein Neffe des verstorbenen Königs, sei am 9. März
zum König von Borgu ausgerufen worden. Die Franzosen
in Nubi hätten einen Marontententzug eingeseigt, der seine
Beziehung zur Dynastie habe und auch von Welle nicht
anerkannt werde.

Mittel- und Südamerika.

Zur kubanischen Frage scheint sich Spanien jetzt
ernstlich mit der Vermittlung des Reichstages zu bemühen,
trotzdem erst kürzlich noch Sagasta den Gedanken mit empfindlicher
Entscheidung zurückwies. Inzwischen hat zwischen offiziellen
amerikanischen Behörden und den spanischen Autoritäten
in Santo ein Austausch von Höflichkeit stattgefunden. Nach
einer Depesche aus Havana hat dort der Kommandant des
britischen Schiffs, der sich nach dem Reichstages-Vertheilung
deute ab. Auch mehrere amerikanische Senatoren und Deputirte,
welche an Bord der „Antia“ eingetroffen waren, tauschen
mit den Behörden Besuche aus. Die „Antia“ wird demnach
die Küste von Cuba und die kubanische Küste für Rechnung eines
neuen amerikanischen Klattes besuchen. Die Postade wird nun
allgemein in Havana beschreiben, nachdem die spanischen
Angehörigen die Einführung des neuen spanischen Ge-
setzes, Venabre, stattgefunden. Der Gesandte selbst und die Mit-
glieder der Gesandtschaft begaben sich nach dem Reichstages und
wundern von dem Staatssekretär Sherman, dem Präsidenten Mac
Rivers vorgeföhrt. Die Worte des Gesandten und die Antwort
des Reichstages waren sehr freundlich, das Reichstages mit
Amerikaner nicht ab, alles Militär, abgeben von den in der
Indianer-Expeditionen erforderlichen Truppen, aus dem Zitiern
nach der atlantischen Küste zu bringen, und allenthalben neue
Soldaten und Seelen anzuwerben. Nach einer Konferenz in
Washington, an welcher Präsident Mac Kinley sowie die Staats-
sekretäre des Reichstages und des Reichstages Theilnahmen,
ist die nachdrücklich Erklärung erfolgt, daß die Regierung sich
nicht durchaus ohne Kenntnis der Ursache des Reichstages
auszusprechen und irgend jemand mit diesem im Zusammenhang
Stehenden erhalten habe.

Schutz gegen Schutzzölle.

Die Berliner Polizei hat schon wieder ein seltsames
Schild aufgestellt, das das Schutzzöllner-Verhalten gegen-
über den Fremden im Schutze der Herr Robert Kraus, die
Bekanntmachung im Hause Jakob Rabens & Söhne in Berlin,
Schreibt der Post. 31a: „Was einem jungen Manne
in Berlin alles passieren kann! Mit diesem Ausbruch kann
man den Witzhaft der Berliner Polizei bezeichnen, denn
mein Sohn Richard Kraus hat sich im Jahre 1876 im Schutze
mit Tage gegen 1 Uhr nachmittags nach einigemermähligkeit
die erste Wohnung, Brückstraße 14 I, um seiner Beschäftigung
als Modelleur und Kunigehilfenbesitzer bei der Kunstgenossenschaft
S. C. Spinn & Sohn, Wilmersdorf, an zu stellen, nachdem er
angeht, den Tag, um er sich einige Minuten nach 1 Uhr nach
der Wohnung Nr. 18 begeben hat. Zu diesem Hause ist mein
Sohn um 4 Uhr 30 Minuten am Eingang zur Wohnung
in sehr elendem Zustande, an die Thüröffnung geleitet, von der
Frau Wirthin des Hauses gesehen worden. Gestrichelt hat er
das Besondere, der Dame den jungen Mann eine halbe
Stunde später mit entsetztem Schreie auf dem Schutze sitzen
sehen. Nachdem ich auch Erbrechen bei ihm eingestellt hatte,
ist mein Sohn vernünftig in bewußtlosen oder ohnmächtigen
Zustande die Treppe hinuntergefallen und dort, als Vertheilung
hinunter auf der Treppe gelegen, bewußtlos unterworfen worden.
Der Arzt hat die Wölgerie des Schutzes und die Wohnung nicht
für hinlänglich befunden gehalten, nach der Polizeistunde in der Kronen-
straße 78/79 gebracht, dort auf dem Fußboden niedergelegt
und bis zum nächsten Morgen in dieser Situation hat liegen lassen.
Das ist gar nicht, obgleich mein Sohn seinen Namen sowie
seine Wohnung angegeben und auch den Namen des Schutzes
angegeben hat, aber nicht alsbald geachtet, was über abgesehen
war mein Sohn endlich geachtet, er hatte neben 10-12 M.
barges Geld auch eine Monatsrate 2 Klasse für die Staats-
bahn zwischen Station Jannowitzbrücke und Bellevue und eine
Dauerkarte für den Besuch des Schutzes im Kunsthause,
Unter den Linden, bei sich, auf der die Wohnung demnach an-
gegeben war.“

Erst am nächsten Morgen um 7/8 Uhr bin ich durch
einen Schutzmännchen davon benachrichtigt worden, müßte ich
13 Stunden nach seiner Einlieferung, die um 5 Uhr 30 Minuten
nachmittags erfolgte, daß sich mein Sohn an besagter Stelle
befände, ich nicht gehen könne. Ich habe sofort mein Sohn ab-
geholt und um 3 Uhr 30 Minuten in einem sehr beunruhig-
ten Zustand in Empfang genommen; er lag in dem Wachs-
löffel auf dem Fußboden, seinen Kopf und Lebertheil hatte
mir ihm angeschlossen, angeblich war er nicht, kalt und hart lag
er da, er konnte weder sehen noch hören, jedoch in Unkenntnis
und konnte auch den Kopf nicht bewegen. Mein Sohn als-
bald von mir abgeholt, wurde in einem verbrannten Rumpfen,
schlaf beunruhigt, ohne Leben, und auch der linke Arm war ge-
schwunden. Ich fand vor einem Rumpfen und fand es ganz un-
begreiflich, wie mein Sohn, ein ordentlicher, pflichtthuer Mensch,
die höchstwahrscheinlich Veränderung hat erleben können! Die Antwort
darauf hat mir alsbald nicht geantwortet. Der Staatssekretär Dr. Wichard
Reichstages, März d. J. Nr. 50, 1. 1878. Ich habe durch ihn
die traurige Geschichte darüber erlangt, daß mein armer Sohn
in dem genannten Hause wußtlos von der Genesstare befallen
wurde, die ihm das Bewußtsein und leider auch den Gebrauch
seiner Gliedmaßen gerahnt hatte. Vergebens frage ich mich,
als wüßten, Grunde bei der Polizei, daß ich nicht mein Sohn ab-
geholt und in ein lang zurückgefallen. Wer war auf der Wache
berufen, den Kranken für finstern beunruhigt zu halten? Unfall-
stationen sind genug vorhanden! Warum brachte man meinen
Sohn nicht dahin, warum wußte man seinen Wunde nicht,
nach Hause gefahren zu werden, da er genug Geld in der Tasche
für die Fahrt nach und heimgefahren hatte? Die Polizei hat
einer so geschändlichen Schandthat, wie die Genesstare ist, seit
um eine volle 13 Stunden zu spät aufgetragene Hilfe sich einer
wunderlichen Einfluß auf den Ausgang der Krankheit, der vor-
läufig noch nicht abgehoben ist.

Das Verhalten der Berliner Polizei muß mit Recht in diesem
Schilde als ein höchst seltsames bezeichnet werden. Mein
Sohn wurde, bei dem sich's abgesehen nicht um die Ehre
und das Ansehen, wohl aber um die Gesundheit und das Leben
eines Menschen handelt.

Waaren- und Produktberichte.

New York, 12. März. [Telegr.] Rother Winterweizen
105, Weizen März 93, April —, Mai 93, Juli 88-
Mais März —, Mai 94, Juli 36, Mehl 4.00 —, Getreide-
frucht 87.
Chicago, 12. März. [Telegr.] Weizen März 101 1/2, Mai 104 1/2,
Mehl 40.
Hamburg, 12. März. Weizen loco ruhig, holsteinscher loco
185-196, Roggen loco ruhig, mecklenburger loco 140-145,
russischer loco ruhig, 112. Hafer behauptet, 67-68 fest.
Weizen, 12. März. Weizen per Frühjahr 111 1/2, Roggen
per Frühjahr 87 1/2, Hafer per Frühjahr 67 1/2, 67 1/2, 67 1/2.
Post, 12. März. Weizen loco schwächer, per Dez. —, Dr.
per März 112, Roggen loco 101 Gd., Hafer per Frühjahr 84 Gd.,
84 1/2 Br. Hafer per Frühjahr 64 Gd., 64 1/2 Br.
Amsterdam, 12. März. Weizen auf Termine matt, do. per März
per Mai 227, Roggen loco 101 Gd., Hafer loco 67 1/2, per
Paris, 12. März. Weizen per März 40, per Okt. 121.
Antwerpen, 12. März. Weizen behauptet, Roggen ruhig, Hafer
fester, Gerste fest.

Spiritus.

Hamburg, 12. März. Spiritus fester, per März 21 1/2 G., per März-
April 21 G., per April-Mai 20 1/2 G., per Mai-Juni 20 1/2 G.
Stettin, 12. März. Spiritus loco 70 M. Kossuthschlösser, 41.30 bez.
Breslau, 12. März. Spiritus loco 41.30 bez. excl. 100 excl. 100 bez.
Schmalz abgabe per März 61/70 Gd., do. 70 M. Verbrauchsabgabe
per März 41/90 G.

Schlosserbericht.

Spiritus ruhig, per März 45 1/2,
per April 45, per Mai-Aug. 44 1/2, per Sept.-Dez. 40.
Antwerpen, 12. März. Spiritus behauptet, Roggen ruhig, Hafer
fester, Gerste fest.

Oleaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 12. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 5/40,
do. Robe and Brothers 5/80.
Hamburg, 12. März. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 51/50, Br.
Bremen, 12. März. Schmalz fest. Wäse weicher. Pf. Antwerp
shield 21/2, Cuday 30 Pf. Choice Grocery 30 Pf., White label
30 1/2 Pf. Speck fest. Short clear middling loco 29 Pf.
Köln, 12. März. Rüböl loco 54/50, per Okt. 50/40 M.
Paris, 12. März. (Schlussbericht.) Rüböl behauptet per März 62 1/2,
per April 61 1/2, per Mai-Aug. 61, 11/60 Br. Sept.-Dez. 54 1/2.
Antwerpen, 12. März. Schmalz per März 61 1/2.

Petroleum.

Hamburg, 12. März. Petroleum ruhig, Standard white loco
5 1/2 Br.
Bremen, 12. März. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum
(Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse) loco 5/40 Br.
Antwerpen, 12. März. Petroleum loco 50/50, per April-Mai 49/30 bez.
New York, 12. März. [Telegr.] Petroleum Standard white in
New York 5/85, do. in Philadelphia 5/80, do. Refined (in Cases) 6/50,
do. Credit Balances at Oil City 5/80.

Wolle. Baumwolle.

Bremen, 12. März. Baumwolle. Schwach. Upland middl. loco
32 Pf.
Liverpool, 12. März. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Amerikaner
Umsatz 7,000 B., davon für Spekulation und Export 4500 B. Baumwolle
schwacher, Ostindische träge, 1/16 niedriger.
Middl. amerik. Lieferungen: Schwacher. März-April 3 1/4 Käufer-
preis, März-April 3 1/4 Verkäuferpreis, Juli-Aug. 3 1/4 Käufer-
preis, Sept.-Okt. 3 1/4 Käufer-
Liverpool, 12. März. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle
Umsatz 500 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Weichand,
Ostindische niedriger.
Middl. amerik. Lieferungen: Ruhig. März-April 3 1/4 Käufer-
preis, April-Mai 3 1/4 Käufer-
Middl. amerik. Lieferungen: Ruhig. März-April 3 1/4 Käufer-
preis, April-Mai 3 1/4 Käufer-
Verkaufpreis, Sept.-Okt. 3 1/4 Käufer-
Nov.-Dez. 3 1/4 Käufer-
Dez.-Jan. 3 1/4 Käufer-
do. do.

